

presente

Bulletin der Christlichen Initiative Romero 4/2014

Eine Stimme für Gerechtigkeit

EL SALVADOR
Massen-Exodus
in die USA
(S.23)



MEDIEN, MACHT & MEINUNG

Medienlandschaft
in Mittelamerika

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

auf der Weltkarte mit dem Titel „Feinde der Pressefreiheit“, die auf der Webseite des Vereins Reporter ohne Grenzen zu finden ist, ist ein großer Teil des mittelamerikanischen Isthmus tiefrot gefärbt (Südamerika hingegen ist mit Ausnahme von Kolumbien unschuldig weiß). Auf der Rangliste der Pressefreiheit, die 180 Länder umfasst, belegt Mexiko Platz 152, Honduras Platz 129 und Guatemala Platz 125. Erstaunliche Ausnahmen: El Salvador auf Platz 38 und Nicaragua auf Platz 71.

Dass sich einige mittelamerikanische Länder auf der international bekannten Rangliste in der im Hinblick auf Meinungsvielfalt zweifelhaften Nachbarschaft von Ländern wie Libyen und Afghanistan befinden, liegt vor allem daran, dass die Medienlandschaft in der Region von wenigen mächtigen Eliten dominiert wird. In Nicaragua etwa ist es dem Präsidenten Ortega gelungen, ein Medienimperium à la Berlusconi aufzubauen – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Kommunikationsinhalte...

Doch neben der Beständigkeit dieser historischen Machtverhältnisse in der Medienbranche, gibt es auch neue, positive Entwicklungen – vor allem in der digitalen Sphäre. Bei aller berechtigten Kritik an facebook & Co. bieten die Sozialen Medien Plattformen für Positionen, die im konzentrierten System der Massenmedien kaum Gehör finden. Mit 3,8 Millionen facebook-NutzerInnen steht Guatemala an der Spitze in punkto facebook-Nutzung in Mittelamerika. Auch Blogs von Privatpersonen

sowie JournalistInnen und PolitikerInnen erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Doch Faktoren wie mangelhafte Geschwindigkeit, fehlender Zugang sowie Analphabetismus verhindern, dass das Internet zur primär genutzten Informationsquelle wird.

So sind es trotz der wachsenden Bedeutung dieser neuen Medien und Informationstechnologien nach wie vor die traditionellen Massenmedien, welche die öffentliche Meinungsbildung beherrschen. (Das Fernsehen spielt dabei übrigens eine größere Rolle als die Print-Presse.) Die Inhalte der traditionellen Medien wiederum sind von den Ansichten derer geprägt, die sie kontrollieren und daher meist ein Spiegel privatunternehmerischer sowie konservativ-politischer Interessen.

Umso wichtiger sind die zunehmenden Versuche von Basis-Initiativen, den immer gleichen Botschaften der Medienoligarchen alternative Perspektiven und Informationen entgegenzusetzen! Trotz oftmals widriger Bedingungen werden auch in abgelegenen und vom Stromnetz ausgeschlossenen Orten alternative Räume für Information gefunden. Die Arbeit und der Mut von kritischen JournalistInnen, die Repression und (Selbst-) Zensur wie etwa in Honduras trotzen, verdienen besonderen Respekt!

Mit dieser letzten Ausgabe der presente im Jahr 2014 wünschen wir Ihnen eine frohe Weihnachtszeit im Kreise Ihrer Lieben – und wie immer eine interessante Lektüre.

Ihr CIR-Team

4 ERNESTO CARDENAL

„Dieses Raumschiff braucht einen Kurswechsel“
Befreiungstheologe Cardenal über
ökologische und soziale Ungerechtigkeit

THEMA

Medienlandschaft in Mittelamerika

7 PHILIP KITZBERGER

Medien und Demokratie in Zentralamerika: Kontinuität und Wandel

Ein Überblick über die Mediensysteme Zentralamerikas

10 JOANA EINK (CIR)

Dazwischenfunken - kommunitäre Radios in Mittelamerika

Radio als Sprachrohr der Gesellschaft

13 JOANA EINK (CIR)

Digitaler Freiraum für Ideen

Interview mit der nicaraguanischen Blogger-Community #BlogsNi

15 JUTTA BLUME

Morddrohungen und Selbstzensur

Kritische JournalistInnen leben in Honduras gefährlicher denn je

MITTELAMERIKA

Länderberichte

20 ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

GUATEMALA

„Tomar tierra“ - eine Projektreise durch Guatemala

23 CECIBEL ROMERO

EL SALVADOR

Die Todesgefahr lauert zu Hause

Über den Massenexodus in die USA

26 THELMA MEJÍA (IPS)

HONDURAS

Gewand und Abschiebungen können MigrantInnen nicht schrecken

Die USA schicken MigrantInnen zurück in die Heimat

KAMPAGNEN

29 SANDRA DUSCH UND CANAN BARSKI (CIR)

„Wir wollen eine Kampagne der internationalen Solidarität“

Brasilianische Arbeitsrechtler im Interview

32 SANDRA DUSCH (CIR)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Stellungnahme zur Gründung des Bündnisses für nachhaltige Textilien

ÜBER UNS

34 **Auszeichnung für konzern-kritisches Engagement**

CIR erhält Henry Mathews Preis

35 **Bestellschein**



10



13



20



29

Impressum



Eine Stimme für Gerechtigkeit

Herausgeberin:

Christliche Initiative Romero (CIR)

Breul 23

D-48143 Münster

Telefon +49 (0) 251-89503

Fax +49 (0) 251-82541

cir@ci-romero.de

www.ci-romero.de

Redaktion:

Kirsten Clodius, Jolanta Cabanski, Sandra Dusch, Joana Eink (Vi.S.d.P.), Johanna Fincke, Amadea Schindler, Canan Barski, Daniel Hügel, Thomas Krämer, Maik Pflaum, Albrecht Schwarzkopf, Christian Wimberger

Lektorat: Annette Spitzmesser, Joana Eink

Druck: Kleyer, Münster, November 2014

Layout: Edith Jaspers

Titelbild: Jürgen Escher © Adveniat



Die Veröffentlichung der presente wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

Spenden an die CIR

DKM Darlehenskasse Münster

Konto 3 11 22 00

BLZ 400 602 65

IBAN DE67 4006 0265

0003 1122 00

BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.

Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



„Dieses Raumschiff braucht einen Kurswechsel.“

Ernesto Cardenal, Dichter, Revolutionskämpfer und Befreiungstheologe aus Nicaragua, setzt sich auch mit fast 90 Jahren noch für eine gerechtere Welt ein und ist einer der schärfsten und profiliertesten Kritiker der ehemaligen nicaraguanischen Revolutionspartei FSLN und des amtierenden Präsidenten Daniel Ortega. Für sein kulturelles und soziales Lebenswerk wurde er dieses Jahr mit dem Theodor-Wanner-Preis des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) ausgezeichnet. Den Preis nahm er persönlich mit den folgenden scharfsinnigen Worten entgegen.

“ Ich bin von weit her gekommen, um den Preis in Empfang zu nehmen, aus einem ganz anderen Teil dieses Planeten, weil ich um die Bedeutung dieses Preises wusste. Es ist noch nicht so lange her, dass die Menschheit erfuhr, dass sie einen Planeten bewohnt. Und später noch hat sie verstanden, dass sie in einer Galaxis lebt, in der es einhundert Milliarden Sterne gibt, und dass es ungefähr einhundert Milliarden Galaxien gibt.

Und noch später haben wir noch etwas erfahren, nämlich dass dieser blaue Planet ein Raumschiff ist, auf dem wir alle reisen, und dass dieses Raumschiff jetzt einen Kurswechsel braucht. Dieser Kurswechsel muss darin bestehen, dass die Ausbeutung der Natur, wie sie bisher bestanden hat, durch deren Schutz und Erhaltung ersetzt wird. Das bedeutet eine Änderung der Richtung.

Von Armut, Reichtum und der Ausbeutung unseres Planeten

Es geht nicht darum, auf den Fortschritt zu verzichten, doch müssen wir einen Fortschritt mit weniger Ungleichheit erreichen. Denn die gegenwärtige Katastrophe in unserer Umwelt hat ihren Grund in zwei Extremen: auf der einen Seite ungeheure Armut und auf der anderen Seite ungeheurer Reichtum und Verschwendung.

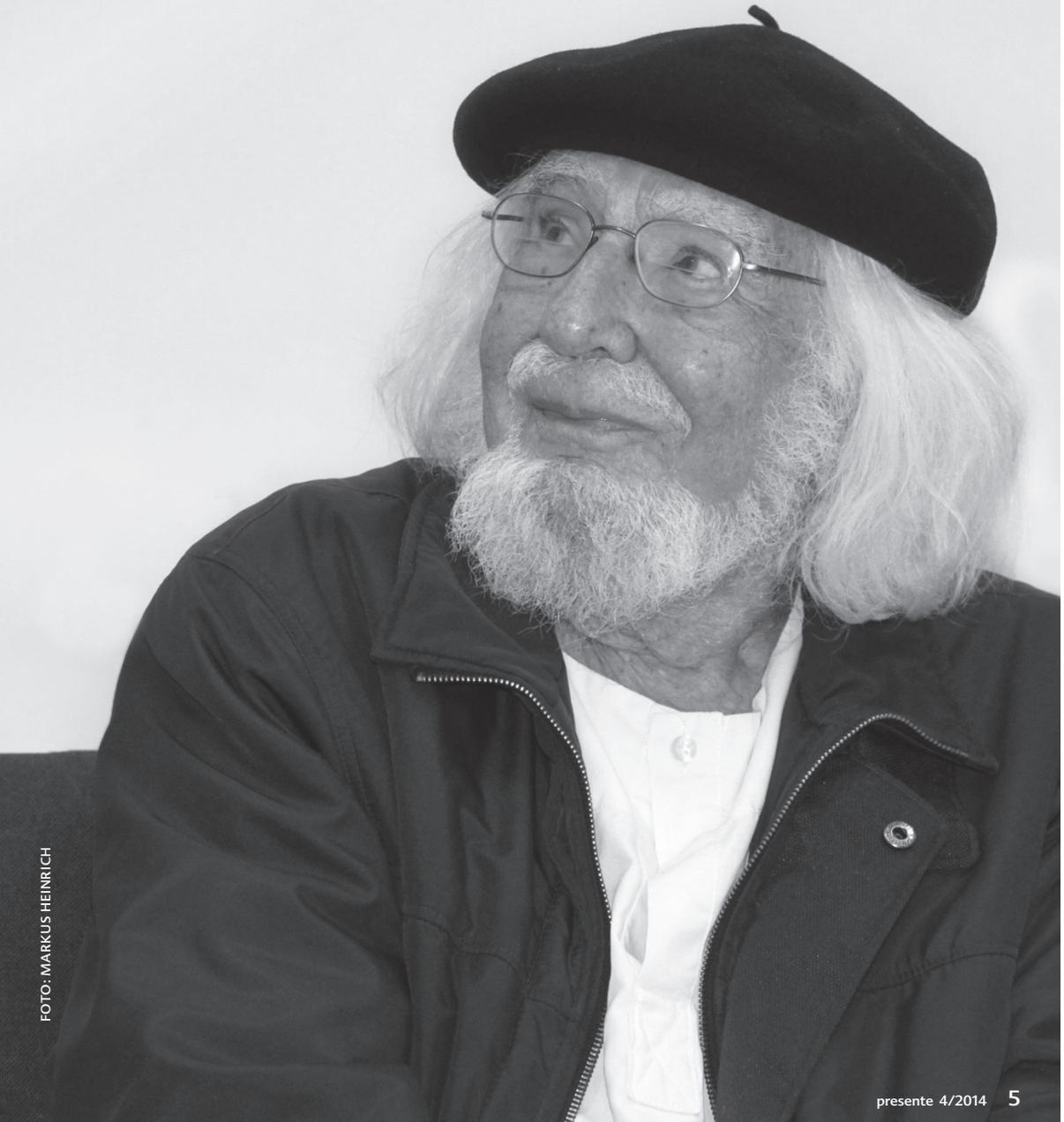
Die Armut ist ein Grund für die Verschmutzung, die Zerstörung unserer Umwelt und deshalb müssen wir, um die Umwelt zu retten, die Armut überwinden. In den USA hat man eine Landkarte der Orte mit den größten ökologischen Problemen angefertigt und dann eine zweite Karte der Orte mit der größten Armut. Beide Karten waren deckungsgleich. Es ist dies nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern auch ein religiöses Problem, denn wie sagte William Blake: „Alles, was lebt, ist heilig.“

Was wir mit dem Ozon unserer Atmosphäre machen, ist ein Verbrechen von planetarischen Ausmaßen und ebenso das, was wir mit dem Regenwald machen, dem Boden, dem Wasser, der globalen Erwärmung unseres Planeten. Einigen Wissenschaftlern zu Folge wird es, wenn wir es nicht zu stoppen vermögen, schon in vierzig Jahren zu spät sein. Manche meinen, es wird schon in zwanzig Jahren zu irreversiblen Schäden kommen.

Als ich einmal in Italien in der Nähe von Lucca an der Mittelmeerküste war und ans Wasser gehen wollte, war mir dies nicht möglich, weil der Strand völlig von Müll bedeckt war, man konnte keinen einzigen Schritt gehen. Ich erfuhr damals nicht, ob der Müll aus der Stadt Genua im Norden oder von der afrikanischen Küste im Süden kam.

„WIR MÜSSEN EINEN FORTSCHRITT MIT WENIGER UNGLEICHHEIT ERREICHEN.“

Ernesto Cardenal



Bis heute hat der Ozean seine Reinheit bewahrt. Alle organische Materie, die sich in ihm auflöst, wird aufbereitet und zu neuem Leben, und das Wasser, das verdunstet und zu Wolken wird, ist nichts als reines Wasser, das auch so, als reines Wasser, auf die Erde zurück kommt.

Doch das trifft nicht auf die modernen Moleküle zu, die der Mensch in seinen Labors herstellt: Sie sind unverdaulich, sie zerfallen nicht, werden nicht abgebaut und sammeln sich in den Zellen. Von da gelangen sie ins Plankton und werden von den Fischen, den Krusten- und Schalentieren gefressen und sammeln sich in immer größeren Konzentrationen in unserer Küche. Obwohl sie in die Nahrungskette gelangen, werden sie nicht verbaut noch abgebaut und das Meer wird von Mal zu Mal schmutziger.

Wieder australische Theologe Denis Edwards sagt, ist unser Planet, die Erde, eine einzige biologische Gemeinschaft, ein in sich verbundenes System. Und wie der Italiener Enzo Tiezzi sagt, kann es keinen Schutz der Umwelt ohne soziale Gerechtigkeit geben. Die Armen, die sich keinen elektrischen Strom leisten können, müssen Brennholz schlagen und tragen so immer mehr zur Abholzung der Wälder bei.

Über Gerechtigkeit, Befreiung und Revolution

Tatsächlich ist die menschliche Art heute eine Art, die vom Aussterben bedroht ist. Und das ist letztendlich der fehlenden Gerechtigkeit auf Erden geschuldet. Gerechtigkeit — das ist vor allem ein theologischer Begriff und ein sehr biblischer Begriff. Gerechtigkeit, gerecht, Gericht, Rechtfertigung, all diese Begriffe haben den Sinn von Befreiung. „Das Buch der Richter“ im Alten Testament spricht nicht von den Richtern eines Gerichts, vielmehr sind alle, die dort „Richter“ genannt werden, Guerilleros der Befreiung. Gerechtigkeit steht in der Bibel für Befreiung. Das jüngste, das „letzte“ Gericht ist die ultimative oder definitive Befreiung.

Dabei scheint mir der Begriff „Befreiungstheologie“ schlecht gewählt zu sein. Man würde besser verstehen, was sie bedeutet, wenn man sie „Revolutionstheologie“ nennen würde. Für die lateinamerikanischen Bischöfe, die damals diesen Begriff wählten, war das Wort „Revolution“ wohl zu deutlich und deshalb benutzten sie diesen Euphemismus, der jedoch letztendlich dasselbe sagen will. Wenn wir aber diese Theologie „Revolutionstheologie“ nennen würden, dann würde niemand fragen, worin sie besteht, denn jeder versteht das Wort „Revolution“, sowohl diejenigen, die dafür, wie auch diejenigen, die dagegen sind. Und niemand würde fragen, weshalb die Päpste Johannes Paul II und Benedikt XVI gegen diese Theologie waren, weiß doch jeder, dass diese beiden Päpste gegen jegliche Revolution gewesen sind.

Dies ist auch die eigentliche Theologie des Evangeliums, das ein Evangelium der Befreiung war. Das Wort „Evangelium“ ist ja kein spanisches oder deutsches Wort, sondern stammt aus dem Griechischen und bedeutet „gute Nachricht“. Der Sinn, den ihm Jesus gab, war der einer „Guten Nachricht“ für die Armen, die Nachricht ihrer Befreiung. Was dasselbe ist wie Revolution. Zur Zeit Jesu bedeutete der Begriff „Reich Gottes“ dasselbe wie das Wort „Revolution“. Oder: eine andere Welt ist möglich. Eine bessere Welt, in der wir alle besser sein werden.

Die Bibel spricht nur von der Rettung auf dieser Erde, sie redet nicht davon, dass wir auf einem Planeten inmitten einer Galaxis leben, inmitten von Milliarden Galaxien. Doch heute wissen wir davon. Und wollen deshalb Gott darum bitten, dass sein Wille geschehe — sein Reich komme — im Himmel und in allen Galaxien.



Wir bedanken uns bei Lutz Kliche, Übersetzer und Stimme Ernesto Cardenals in Deutschland, für die Abdruckgenehmigung.

Medien und Demokratie in Zentralamerika: Kontinuität und Wandel

Die politische Demokratisierung Zentralamerikas ging nicht mit einer Demokratisierung der Medienlandschaft einher. Nach wie vor ist diese von traditionellen Eliten und mächtigen Medienunternehmen geprägt; politische sowie wirtschaftliche Interessen dieser Gruppen bestimmen die Kommunikationsinhalte. Alternative Medien haben es in diesem System schwer.

TEXT: PHILIP KITZBERGER, ÜBERSETZUNG: AMADEA SCHINDLER UND JOANA EINK (CIR)

Zentralamerika scheint die lange Periode der politischen Instabilität hinter sich gelassen zu haben, die von Militärdiktaturen, Bürgerkriegen und Revolutionen geprägt war. Mit Abstufungen, wie im Falle Honduras', hat sich die formale Demokratie etabliert. Die enormen Ungleichheiten, Asymmetrien und Privilegien, die eine egalitäre Verteilung der politischen Macht behindern, bestehen in den Gesellschaften der Region jedoch weiter fort. Die Mediensysteme Zentralamerikas spiegeln nicht nur dieses soziale Ungleichgewicht, sondern reproduzieren es auch. In der Medien-Arena werden Kämpfe zwischen traditionellen Eliten ausgetragen, die ihre Hegemonie zu erhalten versuchen und neuen Einflussgruppen, die mächtige Interessen verfolgen, sowie gesellschaftlichen Akteuren, die versuchen, sich Gehör zu verschaffen.

Die zentralamerikanischen Mediensysteme sind oligarchisch, konservativ und in den Händen Weniger. Ihr oligarchischer Charakter ist historisch begründet: Seit ihrer Entstehung ist die traditionelle Presse an die Eliten im Export von Agrar-Rohstoffen gebunden.

Mächtige Medien-Oligarchie

So wurde beispielsweise die auflagenstärkste Zeitung in El Salvador, *El Diario de Hoy*, 1936 von Großgrundbesitzern von Baumwoll- und Kaffeeplantagen gegründet. Die Zeitung *La Prensa* aus Nicaragua, die aufgrund ihrer Opposition zur Somoza-Diktatur zu Ansehen gekommen ist, gehört der großgrundbesitzenden Chamorro-Familiendynastie, aus der bereits im 19. Jahrhundert Präsidenten hervorgingen. Die Entstehung der costa-ricanischen Zeitung *La Nación* ist eng mit den Interessen >

der Viehzüchter, Kaffee- und Zuckerproduzenten des Landes verbunden.

Doch es gibt auch Ausnahmen – Zeitungen, die vor dem Hintergrund reformistischer oder revolutionärer Bewegungen entstanden sind: Die Zeitungen *El Nuevo Diario* und *Barricada*, die von Abtrünnigen der Chamorro-Familie gegründet wurden, die den Sandinismus unterstützten. Oder die *Estrella* aus Panama, deren Entstehung mit den politischen Einstellungen von Omar Torrijos (Anm. d. Red.: General und Führer der panamaischen Militärgesellschaft 1968-1981), verknüpft ist.



Rodolfo Walsh, argentinischer Journalist:
„Der Journalismus ist frei, oder er ist eine Farce.“

Durch die relativ hohe Analphabetismusrate in Mittelamerika hat die Print-Presse keine sehr große direkte Verbreitung. Die großen Tageszeitungen der Region beeinflussen jedoch die Informationsagenda der übrigen Medien entscheidend. Viele dieser Zeitungen führen aktuell nationale Mediengruppen an.

Traditionelle Eliten und neue Großunternehmer

Die Eigentumsstrukturen in der Medienlandschaft befinden sich im Wandel. Trotz der Versuche der sozioökonomischen Eliten, von ihrem Einfluss im Staat Gebrauch zu machen, um ihre Vormachtstellung im Medienmarkt zu erhalten, bekommen sie in den letzten Jahrzehnten starke Konkurrenz durch transnationale UnternehmerInnen. Diese kommen vor allem aus Mexiko und erobern den TV-, Radio- und Konvergenzmedien-Markt (Anm. d. Red.:

Medienkonvergenz meint das Zusammenwachsen von bisher getrennten Einzelmedien im Zuge der Digitalisierung). Der Mexikaner Ángel González hat in der Region ein Medienimperium errichtet. Von seinem Hauptsitz in Guatemala aus, wo seine Fernsehsender beim Publikum nahezu eine Monopolstellung haben, hat er sein Geschäft auf einen großen Teil der Länder Zentral- und Lateinamerikas ausgeweitet. Globale Akteure wie etwa der mexikanische Magnat Carlos Slim oder die spanische *Telefónica* drängen massiv auf den Markt der Anbieter von Internet, Telefon und audiovisuellen Inhalten.

Üblicherweise bringt der Einzug von solchen transnationalen Akteuren eine Liberalisierung des Medienmarktes mit sich. Tatsächlich haben sie in Zentralamerika jedoch nur zur Kommerzialisierung der Unterhaltungsinhalte beigetragen – der allgemeine Ton ist weiterhin stark konservativ.

Medien- und Meinungsvielfalt: Fehlanzeige

In der gesamten Region gibt es keine effektive Mediengesetzgebung, die eine vielfältige Medienlandschaft vorsieht. Es existieren praktisch keine öffentlich-rechtlichen Medien. Aus diesen Gründen haben die mächtigen Medienkonzerne sowie die Medienoligarchen großen Einfluss darauf, welche Stimmen öffentlich gehört werden. Alternative Sichtweisen und Gegenöffentlichkeit werden stark marginalisiert.

Die JournalistInnen ihrerseits verfügen in der Ausübung ihrer Profession über sehr wenig Autonomie. Die Medienkultur wird instrumentalisiert, um überwiegend die Interessen und Sichtweisen der PrivatunternehmerInnen sowie der konservativen politischen Eliten widerzuspiegeln. Unterschiede im Inhalt sind einzig auf die Dispute zwischen diesen beiden Gruppen zurückzuführen.

Die Beziehungen zwischen der sozioökonomischen, politischen und medialen Macht sind

in Zentralamerika historisch betrachtet sehr eng. Häufig gibt es sogar keinerlei Differenzierung: Es sind dieselben traditionellen Familien, welche die Medien kontrollieren und die Präsidentschaften bestimmen. Mit oder ohne direkte Familienbande – die Kollusion (Anm. d. Red.: weniger vornehm = das Gemauschel) zwischen der Staatsmacht - durch öffentliche Mittel - und der Medienmacht - durch die Kontrolle der öffentlichen Meinung- war das dominante Beziehungsmuster.

Und dennoch hat die Region – parallel zu dem, was im Rest Lateinamerikas geschehen ist – eine gewisse Abkopplung von Politik- und Medien-Eliten erfahren. Die Wahl von Mitte-links-Führungsspitzen oder ReformerInnen hat in vielen Ländern eine Distanzierung oder gar Reibungen und Konflikte ausgelöst. Zur größten Konfrontation kam es im Jahr 2007, als der Sandinismus in Nicaragua wieder an die Macht kam. Daniel Ortega hat am offenkundigsten von allen die chavistischen Techniken der direkten Kommunikation und des Gebrauchs von staatlichen Mitteln angewendet, um sowohl auf die oligarchischen Medien als auch auf die rein kritischen zu reagieren. In Honduras hat Zelaya bis zu seinem Niedergang ebenfalls an einer heftigen Konfrontation festgehalten. Colom in Guatemala hingegen hat es trotz seiner Mitte-links Agenda nicht gewagt, die Medienkonzentration herauszufordern. In El Salvador trat Mauricio Funes von der FMLN nach einer stark parteiischen und antilinks-gerichteten Medienkampagne im Jahr 2009 das Präsidentschaftsamt an. Als renommierter *comunicador* verstand er es, Räume für mehr Meinungsvielfalt zu schaffen.

(Wenig) Raum für Alternativen

Medienrechtliche Reformen, die von den neuen linken Regierungen in Südamerika eingeführt wurden, wurden in Zentralamerika allerdings nicht umgesetzt. Und dennoch, die

entstandene Lücke zwischen den Medien und den neuen politischen Führungsspitzen sowie die zunehmende Komplexität sozialer Interessen – neben dem technologischen Wandel – hat zu Rissen in der traditionellen, oligarchischen Medienhegemonie geführt. In diesen Rissen sind digitale Zeitungen aufgekommen (*El Faro* aus El Salvador ist das bekannteste aber nicht das einzige Beispiel), die einen neugierigen und politisch sowie wirtschaftlich unabhängigen Journalismus pflegen. Zudem sind alternative Medien aufgeblüht, vor allem im Rundfunk-Bereich, die den zuvor stimmlosen oder verstummten Teilen der Gesellschaft eine hörbarere Stimme verleihen. ■

Dr. Philip Kitzberger ist Dozent an der Universidad Torcuato Di Tella und Forscher am CONICET in Buenos Aires. Sein Spezialgebiet: Kommunikationsmedien und Politik.

Alles unter Kontrolle

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit wird im jüngsten Bericht zur Lage der Menschenrechte in Nicaragua vom CIR-Partner CENIDH als ein zentrales Problem benannt. Besonders besorgniserregend: die zunehmende Kontrolle der Regierung über die Fernseh- und Radiosender. Laut CENIDH kontrolliert die Präsidenten-Familie mittlerweile fünf Fernsehsender, es existiert nur noch ein unabhängiger Sender. Die Vergabe der Radio-Sendefrequenzen wird ebenfalls staatlich kontrolliert. Je nach politischer Gesinnung werden sie erteilt – oder auch nicht. CENIDH fordert ein unabhängiges Vergabe-Gremium.

Bitte unterstützen Sie unseren Partner beim Einsatz für mehr Meinungsfreiheit mit Ihrer Spende.

Stichwort »CENIDH«



Mitarbeiterin beim Radio Palabra de Mujer der CIR-Partnerorganisation Casa de la Mujer



Die Station des Radios Palabra de Mujer mitten im kleinen Ort Bocana de Paiwas, Nicaragua.

Dazwischenfunken – kommunitäre Radios in Mittelamerika

Die Verflechtungen zwischen Medienunternehmen und dem Staat sind in den meisten Ländern Mittelamerikas aktuell enger denn je. Fernsehsender, Radios und Zeitungen, aber auch einzelne MedienmacherInnen, werden zu Marionetten der Mächtigen und greifen aktiv in die Politik ein. Die Bedeutung von alternativen Informationskanälen, die eine andere Sicht der Dinge übertragen, nimmt vor diesem Hintergrund enorm zu.

TEXT: JOANA EINK (CIR)

Rund 1.000 sogenannte kommunitäre Radios liefern in ganz Lateinamerika Gegeninformationen zu den immer gleichen Inhalten der großen Medienunternehmen, die sich meist in den Händen einiger weniger Familien befinden. In seinem Manual für „leidenschaftliche RadiomacherInnen“ versucht sich José Ignacio Lopez Vigil an einer Definition:

„Wenn Radio die Teilnahme von BürgerInnen fördert und ihre Interessen vertritt; (...) wenn es wahrhaftig informiert; wenn es dabei hilft, die eintausendundeins Probleme des Alltags zu lösen; (...) wenn Frauen Hauptakteurinnen und nicht nur hübsche Stimmen sind; wenn keine Form von Diktatur geduldet wird, nicht einmal die musikalische Diktatur der großen Plattenstudios; wenn die Worte aller ohne Diskriminierung und Zensur fliegen können, das ist kommunitäres Radio.“



Auf der Frequenz 95.3 FM sendet der Radiosender Estereo Libre von Kindern und Jugendlichen aus Jinotega, Nicaragua.

Obwohl die *radios comunitarias* oft nur eine geringe Reichweite haben, haben sie doch entscheidende Vorteile: Sie sind auch dort vertreten, wo es immer noch keinen Zugang zum Stromnetz gibt, oft die einzige Informationsquelle und vor allem ganz nah an den Geschehnissen und den Menschen!

In der honduranischen Medienlandschaft sind die Umstände für kommunitäre Radios besonders widrig. Repression und Bedrohung von kritischen MedienmacherInnen gehören zum Alltag, kommerzielle Medien dominieren den Markt und ein Großteil der Radiofrequenzen im Land gehört drei Medienmogulen.

Weltverband AMARC zeigt sich besorgt

AMARC, der Weltverband der Community Radios, ist besonders besorgt über die Verhinderung von partizipativen, kommunitären Radios im Land durch die Telekommunikationskommission CONATEL. Bis zum April 2011 versteigerte CONATEL Lizenzen für Frequenzen mit maximaler sowie geringer Sendeleistung. Letztere waren aufgrund ihres niedrigeren Preises besonders für *radios comunitarias* relevant, wurden nun jedoch ein-

gestellt. Angeblich sei das Sendespektrum durch den Betrieb der ca. 40 kommerziellen und nicht-kommerziellen Radios im Land ausgelastet. Eine politische Motivation ist sehr wahrscheinlich, nimmt doch jetzt auch die Konzentration in der Radiolandschaft zu. Viele kommunitäre Radios senden daher nun ohne Lizenz!

In Nicaragua fehlt den alternativen Radios gänzlich die gesetzliche Grundlage. So vermisst man im Allgemeinen Telekommunikationsgesetz des Landes eine spezifische Definition von Rundfunk sowie von kommunitären Radios. Der Zugang zu Lizenzen sei aber dennoch einfacher und günstiger als in anderen Ländern Mittelamerikas, so AMARC. Im Nicaragua des Präsidenten Daniel Ortega, in dem etwa ein totales Abtreibungsverbot herrscht und die Grenzen zwischen Kirche und Staat immer mehr verwischen, sind Genderfragen und sexuelle Rechte besonders wichtige Themen der Gemeinderadios.

Etwas besser sieht es für kommunitäre Radios in El Salvador aus. Nach dem Wahlsieg der linken FMLN im Jahr 2009 (und 2014) kam es zu einer Anerkennung der Gemeinderadios. Zudem wurde ein Gesetz verabschiedet, das das Recht auf Gegendarstellung garantiert und staatliche Medien stärkt. >



UNSERE PROJEKTPARTNER <<ON AIR>>

RADIO PALABRA DE MUJER im Herzen Nicaraguas

In den 1990er Jahren wurde im kleinen ländlichen Ort Bocana de Paiwas in der Mitte Nicaraguas das „Casa de la Mujer“ von Frauenrechtlerinnen gegründet. Seit 2002 informieren sie per Radiowelle über die sexuellen und reproduktiven Rechte sowie die Gesundheit von Frauen und setzen damit ein starkes Zeichen gegen den Machismo, der besonders auf dem Land weit verbreitet ist. Dabei neh-

men die Frauen kein Blatt vor den Mund und denunzieren sogar öffentlich die Gewalttaten von Männern. Das Frauenradio ist für viele Menschen in der Gegend die einzige Informationsquelle und hat mit seinen unkonventionellen und unbequemen Inhalten einen großen Bekanntheitsgrad erreicht – auch über die Landesgrenzen hinaus.

Die CIR unterstützt die Casa de la Mujer und ihr Radio seit der Gründung. Helfen Sie mit Ihrer Spende.

Stichwort »PALABRA DE MUJER«

„Es más que una radio“ – **RADIO ESTEREO LIBRE** im nicaraguanischen Jinotega

Viel mehr als nur ein Radio ist das Radio Estereo Libre, das aus Jinotega im Norden Nicaraguas sendet. Für die Kinder und Jugendlichen, die den Sender selbstständig betreiben, ist es eine einzigartige Möglichkeit, ihre Anliegen und Ansichten an Erwachsene zu richten, die ihnen sonst kein Gehör schenken. So informieren die jungen Radiomache-

rInnen etwa darüber, wie schädlich Gewalterfahrungen in der Kindheit sind und welche Nachteile ein pauschales Verbot von Kinderarbeit mit sich bringt. Das Radio bildet zudem junge ReporterInnen aus und ermöglicht ihnen Berufsperspektiven. Das Radioprojekt, das unserer Partnerorganisation Club Infantil angehört, liegt uns sehr am Herzen.

Gerne möchten wir es mit Ihrer Spende auch in Zukunft unterstützen.

Stichwort »CLUB INFANTIL«

„La voz que está con vos“ – **RADIO PROGRESO** in Honduras

Bereits seit 1970 sendet in Honduras das alternative Radio „Radio Progreso“. Es wurde von Jesuiten gegründet, um die Alphabetisierung sowie den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft zu fördern. Obwohl der Sender rechtlich gesehen ein kommerzieller ist, betreibt er eine partizipative Radiopraxis und steht den radios comunitarias nah, die regel-

mäßig Beiträge des rund um die Uhr sendenden Radio Progreso übernehmen. Die Bandbreite der Sendungen ist groß: Politische Geschehnisse auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene werden kritisch begleitet, Poesiewettbewerbe ausgerufen und politisch inkorrekte KünstlerInnen vorgestellt.

Bitte unterstützen Sie die alternative Berichterstattung des Radios mit Ihrer Spende.

Stichwort »RADIO PROGRESO«

Unter www.npla.de/materialien finden Sie weitere umfassende Infos über die Radiolandschaft in einzelnen Ländern Lateinamerikas.



Das engagierte Team von #BlogsNi

Digitaler Freiraum für Ideen

Die nicaraguanische Blogger-Community #BlogsNi im Interview

Die Medienkonzentration in Nicaragua wirkt erdrückend. Trotzdem oder gerade deshalb nutzen immer mehr Menschen alternative Räume wie Weblogs, um ihre eigenen Geschichten zu erzählen. Die nicaraguanische Community #BlogsNi hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Blogosphäre im Land zu stärken. Wir wollten mehr erfahren und haben das junge Team aus Freiwilligen von #BlogsNi interviewt.

INTERVIEW: JOANA EINK (CIR)

Welche Philosophie steckt hinter Eurer Initiative Blogs de Nicaragua?

“ #BlogsNi ist ein virtuelles Festival – eine Reihe von offenen Treffen, Diskussionen und Workshops, die dazu dient, Erfahrungen innerhalb der Blogger-Community Nicaraguas auszutauschen. Wir laden Menschen ein, die ihre Ideen und Perspektiven anhand von Texten, Bildern, Videos etc. ausdrücken möchten; die also ihren eigenen Ausdrucksraum im Netz entwickeln möchten.

Das erste #BlogsNi haben wir im September 2011 organisiert – ein virtuelles Festival, das nicht nur dazu einlädt, zu bloggen, sondern auch dazu, andere nicaraguanische BloggerInnen kennenzulernen und die Aufmerksamkeit auf Alternativen zu den traditionellen

Kommunikationsmedien zu richten. Die Themen, die #BlogsNi für die Festivals vorschlägt, reichen von Migration, Öffentliche Sicherheit bis hin zum breiten Thema der Identität.

Was haltet Ihr von der digitalen Entwicklung in Nicaragua? Welche Rolle spielen die neuen Kommunikationsmedien?

In den letzten Jahren gibt es größere Angebote an alternativer Kommunikation, die sich stärker auf die LeserInnen und NutzerInnen beziehen, darunter die Blogs. Zur gleichen Zeit haben sowohl Print- als auch TV-Medien, digitale Technologien übernommen, um ein größeres Publikum zu erreichen. Die Mehrheit der MeinungsführerInnen im Land nutzen die Sozialen Netzwerke. Das führt etwa dazu, >

dass manche Online-Diskussionen auf die nationale Agenda gesetzt und dass Kampagnen explizit für Soziale Netzwerke entwickelt werden. Die Bedeutung der neuen Kommunikationsmedien im Land lässt sich noch nicht genau definieren, sie nimmt aber zu.

Blogs stellen Kommunikationsalternativen dar und geben Menschen die Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben. Wie wichtig ist der politische Aspekt Eurer Arbeit?

Die Aufgabe von #BlogsNi ist es, Erfahrungen und Kenntnisse zu teilen sowie die Arbeit von BloggerInnen in Nicaragua sichtbar zu machen und zu unterstützen. Wir sehen unsere Arbeit nicht als politische Arbeit, zumindest ist dies nicht Teil unserer Philosophie. Wir glauben, dass unsere Gesellschaft von einem offeneren Dialog profitiert, in dem unterschiedliche Sichtweisen zum Ausdruck kommen. Und wir glauben, dass es für die Gesellschaft von Vorteil ist, mehr Optionen zu haben und an einem Austausch von Ideen teilzunehmen – ohne den traditionellen Vermittler.

Zählt Ihr Eure Initiative zum sogenannten Digitalen Aktivismus?

Viele nicaraguanische BloggerInnen und auch einige Mitglieder des Teams von #BlogsNi sind AktivistInnen, gehören z.B. der feministischen Bewegung an oder unterstützen Zwecke wie die Verbreitung von freier Software oder die Kulturförderung. Dennoch sehen wir #BlogsNi nicht als einen Hauptakteur des Digitalen Aktivismus. #BlogsNi ist eine Gemeinschaft, eine Plattform, die all jenen Werkzeuge und Tipps bietet, die online ihre eigenen Ideen zum Ausdruck bringen möchten.

Die vergangenen Festivals von #BlogsNi waren von Erfolg gekrönt. Wird es auch im Jahr 2015 ein Festival de Blogs Nicaragua geben? Zuerst findet noch in der dritten und vierten Novemberwoche 2014 das virtuelle Festival

#BlogsNi statt, was sich dem Thema Gewalt gegen Frauen widmet. Wir möchten mehr Bewusstsein für dieses Thema schaffen und unterschiedliche Perspektiven aufzeigen, die den Sensationalismus vermeiden, mit dem die traditionellen Medien häufig dem Thema begegnen. Außerdem möchten wir auch solche Personen erreichen, die nicht Teil von sozialen Bewegungen sind und täglich gegen Gewalt an Frauen kämpfen, sondern die die Auswirkungen des Phänomens in ihrem Alltag spüren. Wir hoffen, dann auch im kommenden Jahr wieder ein Festival auf die Beine zu stellen!

Vielen Dank für das Interview.

Das ungekürzte Interview finden Sie online unter www.ci-romero.de

La Cuerda – feministische Zeitung in Guatemala

Alternative Presse in erwähnenswerter Auflage gibt es in Guatemala praktisch nicht. Die großen Tageszeitungen sind meist in privater Hand, neigen zu Sensationalismus und stehen Wirtschaftsunternehmen nahe.

Dagegen hebt sich die feministische Zeitschrift La Cuerda, die seit 1998 monatlich erscheint, positiv ab. Sie informiert über Frauenfragen, feministische Politik sowie Gleichberechtigung und tritt für Demokratie und soziale Veränderungen ein. La Cuerda kämpft mit viel Engagement gegen Straflosigkeit und Sexismus sowie gegen die Diskriminierung u.a. von Maya-Frauen.

Bitte unterstützen Sie dieses wichtige Sprachrohr der Frauenbewegung in Guatemala mit Ihrer Spende.

Stichwort »LA CUERDA«

Wandbild für Meinungsfreiheit auf der Fassade des Radio Progreso in Honduras: „Kannst Du Dir das Schweigen vorstellen? Drücke Dich aus!“

Morddrohungen

und Selbstzensur

Kritische JournalistInnen leben in Honduras gefährlicher denn je

Seit 2003 sind in Honduras laut PEN International (Bericht von September 2014) mindestens 44 JournalistInnen ermordet worden. Die meisten Morde geschahen nach dem Putsch im Jahr 2009. Zusammen mit AnwältInnen zählen sie zu den am stärksten gefährdeten Berufsgruppen in dem mittelamerikanischen Land, das ohnehin die höchste Mordrate weltweit aufweist.

TEXT: JUTTA BLUME

Allein in diesem Jahr sind bislang 9 MedienmitarbeiterInnen ermordet worden. Allgemein herrscht ein Klima der Angst und Selbstzensur. Besonders, wer kritisch über die Regierungspolitik, die zahlreichen Korruptionsfälle oder das organisierte Verbrechen berichtet, lebt gefährlich. Anonyme Drohanrufe oder -SMS gehören dann fast zum Alltag.

Der Journalist Juan Alvarado, der für den regierungskritischen Sender GloboTV und Radio Globo arbeitete, formulierte es so: „Die Drohungen wurden derart üblich, dass man oftmals gar keine Anzeige mehr erstattete.“ Nachdem ihn Unbekannte offenbar mit Mordabsichten im Gebäude des Senders gesucht hatten, entschied sich Alvarado im März >

2013, seine nächtliche Radiosendung aufzugeben. Am 22. September wurde ihm schließlich ein 16-monatiges Berufsverbot aufgrund einer ins Jahr 2006 zurückreichenden Verleumdungsklage erteilt.

Auch dem Direktor von Radio Globo und GloboTV, David Romero, drohen eine Gefängnisstrafe von bis zu 15 Jahren sowie die Suspendierung seiner Sendelizenz aufgrund von Verleumdungsvorwürfen. „Delikte der Ehrverletzung werden wieder gegen Journalisten verwendet, die die in Folge des Staatsstreichs aufgetretenen Rechtsverstöße innerhalb der Regierung kritisieren“, erklärt die Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin Dina Meza.

Wer kritisch berichtet, wird zum Opfer der Staatsgewalt

Die Korrespondentin von Radio Progreso im Department Intibucá, Albertina Manueles Pérez, wurde im Juni der Anstiftung zum Aufruhr bezichtigt. Der von Jesuiten geführte Sender arbeitet mit einem Netz von KorrespondentInnen aus den Gemeinden und berichtet häufig über Land- und Umweltkonflikte. Pérez hatte ein Kommuniké indigener Gemeinden verlesen, die die Wahlergebnisse vom November 2013 nicht anerkannten und eine autonome Gemeindeverwaltung wählen wollten. Allein die Berichterstattung darüber wurde als staatsfeindlicher Akt ausgelegt.

Neben der Kriminalisierung von JournalistInnen greifen Staatsbeamte auch auf direkte Einschüchterung zurück. Wie die Organisation C-Libre berichtet, die sich in Honduras für die Pressefreiheit engagiert, forderte Staatspräsident Juan Orlando Hernández den Journalisten José Ramon Maldonado mehrfach und vor laufender Kamera auf, seinen Namen und den seines Informanten zu nennen, als ihm der Reporter Fragen zu einem vermutlichen

Korruptionsfall stellte. Einem weiteren Journalisten von GloboTV wird permanent der Zugang zu Regierungspressekonferenzen verweigert.

Seit März 2014 wird die journalistische Arbeit zusätzlich durch ein Geheimhaltungsgesetz behindert, das es der Regierung ermöglicht, Informationen als Staatsgeheimnis zu behandeln. „Dadurch bildet sich eine Art Vorzensur, die das Recht auf Meinungsfreiheit verletzt. Aus dieser Verordnung kann ein regelrechtes Knebelgesetz für Bürger, Journalisten, *Comunicadores sociales* und Medien werden“, meint der Vorsitzende von C-Libre, Héctor Longino Becerra.

Dina Meza lebt seit Jahren mit Bedrohungen. Mehrmals war sie gezwungen, ihre Wohnung zu wechseln und verbrachte 2013 eine Zeit in Großbritannien, um aus dem Fokus ihrer Verfolger zu gelangen. Seit ihrer Rückkehr nach Honduras erhält sie wieder Morddrohungen. Mehrfach wurden sie oder Mitglieder ihrer Familie von Unbekannten verfolgt und fotografiert. Die Staatsanwaltschaft behauptet, keine Auskunft über den Stand der Ermittlungen gegen Mezas Verfolger geben zu können. Ihr Fall ist symptomatisch für die Situation im Land: Von 44 Morden an PressevertreterInnen ist es in nur 4 Fällen zu einer Verurteilung gekommen, wobei zwar die Täter, nicht aber die Auftraggeber zur Verantwortung gezogen wurden (PEN International).

Ein neues Gesetz lässt hoffen – und zweifeln

In diesem Jahr wurde ein Gesetz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen, JournalistInnen, *Comunicadores sociales* und AnwältInnen ausgehandelt, das jedoch noch verabschiedet werden muss. Becerra hält das Gesetz für eine Notwendigkeit. Meza hat



Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin Dina Meza

dagegen Zweifel an seiner praktischen Umsetzung: „Mit der Verabschiedung bliebe die grundlegende Hürde bestehen, dass damit kein vom Staat unabhängiger Mechanismus geschaffen würde. Außerdem ist das vorgesehene Budget mit 20 Millionen Lempiras (750.000 Euro) sehr mager.“

Fraglich ist bislang auch, ob die Polizei mit dem Schutz der gefährdeten Personengruppen betraut würde oder ob dafür in Menschenrechten geschulte Sondereinheiten zuständig wären. Da die honduranische Polizei oftmals selbst in Straftaten verstrickt ist, dürfte ihr Interesse an einer gewissenhaften Ausführung dieser neuen Aufgabe gering sein.

Die prekäre bis lebensbedrohliche Situation der MedienarbeiterInnen in Honduras führt letztendlich häufig zur Selbstzensur, insbesondere in Bezug auf Themen wie Korruption oder Drogenhandel. „In (...) Copán, im Westen von Honduras nahe der guatemaltekischen Grenze gibt es Themen, über die Journalisten einfach nicht sprechen. Auch wenn sie über die Präsenz des Drogenhandels und das hohe Korruptionsniveau auf dem Laufenden sind, zensieren sich diese Journalisten als Resultat der Gewalt und Repression selbst“, heißt es im Bericht von PEN.

Andere JournalistInnen entscheiden sich bewusst für die Ausübung der Meinungsfreiheit, wie Dina Meza: „Ich habe mich noch nie aus Angst selbst zensiert. Ich denke, das hieße die Tür dafür zu öffnen, dass sie dich ruhig stellen. Das kann ich nicht zulassen, egal, ob dadurch mein Leben in Gefahr gerät. Für mich würden dadurch viele Dinge durcheinander geraten, unter anderem mein Engagement für die Menschenrechte.“ ■

Jutta Blume ist freie Autorin und nahm 2012 und 2013 an Delegationsreisen nach Honduras teil.

* Als Comunicadores sociales werden z. B. die zumeist ehrenamtlichen MitarbeiterInnen kommunitärer Radios bezeichnet.

FÜR KRITISCHEN JOURNALISMUS

Die Medienoligarchie Honduras sowie die mangelhafte Distanz der Kommunikationsmedien zur Wirtschaft und zum Staat behindern oft eine seriöse Berichterstattung über die Arbeitsbedingungen in den zahlreichen Exportfabriken des Landes.

Die Arbeitsrechtsorganisation EMIH aus Honduras, die für unabhängiges Monitoring in Weltmarktfabriken steht, setzt auf Work-

shops für JournalistInnen. EMIH verfügt über enge Kontakte zu ArbeiterInnen in der nördlichen sowie südlichen Produktionszone und informiert bewusste JournalistInnen ungefiltert über Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen und die Hintergründe der Exportindustrie.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit von EMIH für eine ausgewogene Berichterstattung mit Ihrer Spende.

Stichwort »EMIH«

Nicaragua

Männer gegen Machismo

Unter dem in Nicaragua weit verbreiteten Machismo leiden nicht nur Frauen. Auch viele Männer sind ohne väterliche Zärtlichkeit und Zuneigung aufgewachsen. Spätestens, wenn sie eigene Söhne großziehen, merken diese Männer, dass sich die emotionalen Defizite ihrer Väter auf sie übertragen haben. Darunter leiden viele so sehr, dass sie aus dem männlichen Teufelskreis ausbrechen wollen.

Die CIR-Partnerorganisation ADIC in Matagalpa versucht im Rahmen eines Programms gegen Gewalt, eine neue Vision von Maskulinität zu entwickeln. In mehreren Gemeinden werden Gruppen von Männern und Jugendlichen geschult, die mit Hilfe von ADIC das überkommene Männlichkeitsbild in Frage stellen und ihr bisheriges Verhalten und die angestammte Rolle verändern wollen. Dieser neue Ansatz soll nicht nur den Männern helfen, sondern auch ihren Kindern und Frauen ein Leben mit mehr Zuneigung und weniger Gewalt ermöglichen.



Das Projekt von ADIC ist Teil eines Programms von sieben Partnerorganisationen. Mit Unterstützung des Entwicklungsministeriums BMZ will auch die CIR einen Beitrag gegen Gewalt an Frauen in Nicaragua leisten. In den nächsten drei Jahren werden dafür 78.000 EUR an Spendenmitteln benötigt.

Bitte helfen Sie mit einer Spende.

Stichwort »MÄNNER GEGEN MACHISMO«

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. ProjektpartnerInnen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Guatemala

Mehr Achtung für Maya-Frauen

CONAVIGUA ist eine indianische Frauen- und Witwenorganisation in Guatemala. Sie setzt sich mit ihren Mitgliedsgruppen in den Hochlandgemeinden für die Achtung der Maya-Kultur und örtliche Partizipations-Chancen ein. Grundlage ist ein Promotorinnenprogramm, das von der CIR unterstützt wird.

Im kommenden Jahr wird das lateinamerikanische Kontinental-Treffen der indigenen Frauenorganisationen von Conavigua in Guatemala ausgerichtet. Das Treffen ist wichtig, um dem ladinisch-mestizischen Teil Guatemalas die Erfahrungen des „buen vivir“ als erfolgreiche Beispiele für Veränderungen aufzuzeigen.

Für die Vorbereitungen und Kommunikationsmaßnahmen zu diesem Treffen bittet Conavigua um Unterstützung.

Helfen auch Sie mit Ihrer Spende.



Demonstration gegen die Schließung von Tutela Legal vor einem Jahr

El Salvador

Maulkorb für abgewehrt!

Das Menschenrechtsbüro der Erzdiözese von San Salvador, Tutela Legal, wurde während des Krieges gegründet, um die Kultur der Straflosigkeit zu beenden. Tutela Legal hat dazu eine Vielzahl von Verbrechen dokumentiert.

Vor gut einem Jahr schloss Bischof Escobar die Institution und entließ alle Angestellten. Hinter der Schließung vermutet man als Drahtzieher die Täter der dokumentierten Verbrechen, die um ihre Straflosigkeit unter einer neuen linken Regierung fürchteten.

Doch die entlassenen MitarbeiterInnen gaben nicht auf. Sie gründeten die von der Amtskirche unabhängige Tutela Legal María Julia Hernández mit Unterstützung der CIR.

Um auch künftig helfen zu können, bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort » CONAVIGUA «

Stichwort » TUTELA LEGAL «

IHRE
SPENDE
HILFT

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere PartnerInnen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
Konto 3 11 22 00
BLZ 400 602 65
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Gemeinsam mit unseren ProjektpartnerInnen sind wir für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder verantwortlich. Um unseren PartnerInnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen oder des BMZ, des Katholischen Fonds und des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.



Promotorinnen der CIR-Partnerorganisation CONAVIGUA, die Albrecht Schwarzkopf auf seiner Reise besuchte.

Guatemala

„Tomar tierra“ — eine Projektreise durch Guatemala

Meine Vorfreude auf Guatemala steigt während des Landeanflugs. Der Petén-Tropenwald, das von Vulkanen geprägte Hochland, die Chimaltenango-Hochebene mit ihren Gemüse-Pflanzungen. Was für ein beeindruckendes Land! Doch das „tomar tierra“, das wirkliche Ankommen in dieser unglaublichen Welt der Vielfalt, braucht Zeit. Ich bin gespannt auf das, was kommt. TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Die Fahrt nach Quetzaltenango führt durch die verschiedenen Regionen der Maya-Ethnien mit ihrer Maya-Sprache und den gewebten „huipil“-Hemden. Ich befinde mich in Begleitung von Rosalina Tuyuc von der Frauenorganisation CONAVIGUA. Wir sind auf dem Weg in ihren Heimatort Comalapa und schon während der Fahrt erfahre ich viele aufschlussreiche Dinge.

So erzählt Rosalina mir vom Fall des Hauptmanns Byron Lima Oliva. Er war früher beim militärischen Geheimdienst tätig und wurde

für den Mord an Monseñor Gerardi verurteilt. Der Bischof war für den kirchlichen Wahrheitsbericht über Menschenrechtsverbrechen im Bürgerkrieg (REMHI) verantwortlich und wurde am 26. März 1998 ermordet — zwei Tage nach der Veröffentlichung des REMHI-Berichts.

Der Fall Byron Lima

Byron Lima wurde nicht als eigentlicher Mörder, sondern als Drahtzieher des Mordes verurteilt. Er ist ein Mensch mit großem Chris-

ma. Selbst im Gefängnis gelang es ihm schnell, sich zu profilieren. So wurde ihm vorgeworfen, Mobiltelefone in die Haftanstalt geschmuggelt, Gefangenenbesuche ausgehandelt, die Überführung von Gefangenen an andere Haftzentren sowie Geldwäsche koordiniert zu haben. Bezeichnenderweise kommen diese Anschuldigungen nicht direkt von der Staatsanwaltschaft, sondern von der CICIG-Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala, die gemeinsam von Guatemala und den Vereinten Nationen bestellt ist.

Kein Wunder, dass Byron Lima daraufhin für das Auslaufen des Mandats der CICIG-Kommission im Jahr 2015 eintrat. Auffällig ist zudem, dass diese Forderung auch vom guatemaltekischen Präsidenten, dem ehemaligen Militär Otto Perez geäußert – dann aber doch wieder zurückgezogen wurde. Die CIR hingegen hatte eine Eingabe zur CICIG-Fortsetzung beim Auswärtigen Amt vorgenommen.

Byron Lima bestritt bei der aktuellen Anhörung, Geldwäsche aus dem Gefängnis heraus betrieben zu haben und warf seinem ehemaligen Kollegen Mauricio Lopez (Ex-Militär und jetziger Innenminister) vor, die Anschuldigungen für einen Rachefeldzug zu benutzen. In einem Fernsehinterview, so Rosalina Tuyuc, habe Byron Lima sogar angedeutet, von Präsident Otto Perez selbst Unterstützung erhalten zu haben.

Begegnungen in Comalapa

In Comalapa gehen wir auf den ehemaligen geheimen Friedhof direkt neben der früheren Kaserne. Hier vermutet Rosalina Tuyuc die sterblichen Überreste ihres verschwundenen Vaters. Mit Unterstützung der CIR wurde hier einst eine kleine Kapelle zur Erinnerung an die Verschwundenen errichtet und sie steht hier noch heute.

Im Ort selbst treffen wir die Promotorinnen von CONAVIGUA, die sich für die Achtung der Maya-Kultur einsetzen. Wir verständigen uns

mit Hilfe der Übersetzung von Rosalina Tuyuc. Sie dolmetscht von kaqchiquel ins Spanische. Es ist eine lebhaft Gruppe, die ihre Arbeit vor Ort mit viel Engagement verrichtet.

Die Frauen erzählen mir, dass sich die Maya-Bewegung momentan in einem Übergangsprozess befindet. Sie zeige aktuell leider nicht den nötigen Zusammenhalt, um auf politischer Ebene etwas zu bewegen. Dennoch sei die indigene Bewegung in der Lage, eine politisch-soziale Linie rund um ihre wesentlichen Forderungen zu entwerfen. Hierzu gehörten vor allem die Forderungen in Bezug auf Land und Territorium sowie die Anerkennung von Teilen des indianischen Gesundheits-, Bildungs- und Rechtswesens.

Auch müsse mehr Gerechtigkeit im Hinblick auf Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation im Land umgesetzt werden. Deshalb, so Rosalina Tuyuc, strebe die Maya-Bewegung nicht nur die indianische Einbeziehung in die bestehende Regierung an, sondern die Veränderung der Institutionen selbst. Dieses Vorhaben benötige allerdings Zeit und werde von der Regierung, die im nächsten Jahr neu gewählt wird, sicherlich nicht sofort in die Tat umgesetzt. >



Rosalina Tuyuc spricht sowohl kaqchiquel als auch Spanisch und sorgt so für die Verständigung zwischen dem deutschen Besucher und ihren Kolleginnen.

Die Arbeit der Ixqik

Am Tag darauf treffe ich mich mit Ileana Tzin und Magaly Verdugo von der Frauenorganisation Ixqik. Sie arbeiten im Petén und ich frage sie, was sich für sie in der letzten Zeit verändert hat. Sie erzählen, dass die derzeitige Regierung und ihre „Sicherheitskräfte“ eher Angst und Furcht verbreiten, als dass sie schützen. Ohnehin ist der aktuell vorherrschende Eindruck der des Stillstands – insbesondere im Vergleich mit der Vorgängerregierung von Alvaro Colom, die als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann.

Ileana Tzin macht dies am Beispiel des Frauenministeriums SEPREM fest. Vorher gab es eine sehr aktive Frauensekretärin im SEPREM, die unter anderem die Kreisbüros für Frauen durchsetzte und in vielen Dingen hilfreich war, während jetzt von SEPREM keinerlei Impulse ausgingen.

Den Ixqik-Frauen ist es dennoch gelungen, öffentliche Unterstützung für das Frauenhaus zu erhalten, das sie bislang in ihren eigenen Räumlichkeiten betreiben. Im regionalen Entwicklungsrat hat Ixqik gemeinsam mit vier weiteren Frauenorganisationen durchgesetzt, dass ein weiteres Frauenhaus gebaut wird. Ixqik geht fest davon aus, dass man auch die Mittel erhalten wird, um dort Personal zu beschäftigen. Aus ihrer Sicht ist dies ein großer Erfolg für die Ixqik-Frauen, die in der abgelegenen Provinz Petén mit großem Engagement für die Interessen der Frauen eintreten.

Die beiden Kontakte mit CONAVIGUA und Ixqik zeigen, dass eine Reise in die guatemalteckische Gesellschaft immer wieder interessant und instruktiv ist. Es gibt eine Reihe von Hindernissen, denen sich die ProjektpartnerInnen der CIR täglich aufs Neue stellen müssen. Ihre Selbstbehauptung und ihr Wille, zusammen mit anderen Organisationen gegen diese Hindernisse anzugehen, sind ungebrochen. Das sollte auch uns motivieren, unseren Einsatz nicht aufzugeben. ■



Kampf gegen innerfamiliäre Gewalt

Durch den Kampf gegen innerfamiliäre Gewalt steigen die Chancen der Frauen, ein selbstbestimmtes Leben im **Kampf gegen innerfamiliäre Gewalt** zu führen. Die Ixqik-Frauen in der Petén-Region leisten unermüdlich Aufklärungsarbeit und betreuen all jene Frauen, die Opfer innerfamiliärer Gewalt geworden sind, in ihrem Frauenhaus.

Psychologische Betreuung, Selbstorganisation sowie Zugang zu den Justizbehörden sind für die mestizischen und kekchi-(Maya-) Frauen von unschätzbarem Wert. Die Ixqik-Frauen sind in der ländlichen Petén-Region ein Leuchtturm, der auch künftig Licht in das Leben vieler Gewaltopfer bringen will.

Bitte unterstützen Sie die Ixqik-Frauen des Petén gegen innerfamiliäre Gewalt mit Ihrer Spende.

Stichwort »XQIK-FRAUEN«



Jugendliche aus El Salvador, die sich mit Hilfe der CIR-Partnerorganisation CBC gegen die alltägliche Gewalt in ihrem Land engagieren

El Salvador

Die Todesgefahr lauert zu Hause

Kinder und Jugendliche aus Zentralamerika fliehen massenhaft in die USA, weil sie in der Heimat ihres Lebens nicht mehr sicher sind. TEXT: CECIBEL ROMERO

Am Freitag kam der elfjährige David Ernesto Orellana nicht von der Schule nach Hause. Nach dem Unterricht hatte er wie jeden Tag noch Maisfladen für seine Großmutter gekauft. Die Verkäuferin war die letzte, die ihn gesehen hatte. Es war der 11. Juli.

David wohnte zusammen mit seiner Großmutter in dem Weiler El Limón im Norden von El Salvador. Seine Eltern waren schon vor Jahren illegal in die USA gegangen und schickten monatlich Geld. Vor einem Jahr wollten sie den Sohn und seine zwei Jahre ältere Schwester nachholen. Sie hatten 16.000 US-Dollar für den Schlepper überwiesen. Doch als der kam, um die Kinder abzuholen, wollte David nicht

mit. Er fühlte sich verantwortlich für die kränkelige Großmutter und blieb bei ihr.

Als er an jenem 11. Juli gegen Abend noch immer nicht aufgetaucht war, machte sich die Großmutter ernsthafte Sorgen und schickte die Nachbarn los, um den Jungen zu suchen. Die gingen Davids Schulweg ab, einen über Wiesen und Felder führenden Pfad. Sie brauchten nicht lange, da fanden sie – notdürftig verscharrt – seine Leiche. Kopf und Hände waren abgeschnitten, der Rumpf in der Mitte getrennt. Später stellten die Gerichtsmediziner fest, dass der Junge zuvor erstochen worden war. Als Täter vermutet die Polizei Mitglieder der gefürchteten Jugendbande >

„Barrio 18“, die dieses Gebiet unter Kontrolle hat. Etwa zehn junge Männer sollen an dem Mord beteiligt gewesen sein.

Jugendbanden haben Minderjährige im Visier

Ob David vorher von den Jugendbanden, die man hier „Maras“ nennt, bedroht worden war – seine Großmutter weiß es nicht. Er soll ihr ein paar Tage vor seinem Tod gesagt haben, er werde das Jahr wohl kaum überleben. Mag sein, dass er zufällig Zeuge eines Verbrechens der Bande geworden war und deshalb aus dem Weg geräumt wurde. Mag sein, dass „Barrio 18“ ihn rekrutieren wollte. Seit vor ein



CBC-Workshop gegen Gewalt und für ein friedlicheres El Salvador

paar Monaten ein von Regierungsvermittlern ausgehandelter Waffenstillstand zwischen den beiden großen Maraverbänden – dem „Barrio 18“ und der „Mara Salvatrucha“ - zusammengebrochen ist, werben beide immer aggressiver neue Mitglieder.

Vor allem Minderjährige haben sie im Visier. Denn die haben den „Vorteil“, dass sie strafunmündig sind. Werden sie nach einem Verbrechen geschnappt, sind sie meist nach ein paar Tagen wieder auf freiem Fuß. Als „Aufnahmeprüfung“ verlangen die Banden von einem Neuling oft, einen Familienangehörigen umzubringen. Viele Kinder weigern sich – und werden dann selbst Opfer eines Mordes. Im-

mer mehr fliehen deshalb in den Norden, wo oft auch ihre Eltern bereits sind.

Fast 60.000 minderjährige illegale Einwanderer wurden seit dem vergangenen Oktober an der Südgrenze der USA ohne Begleitung von Erwachsenen aufgegriffen. Die meisten kamen aus Honduras, El Salvador und Guatemala. Bei einer Umfrage des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR gab die Hälfte dieser Kinder und Jugendlichen an, sie seien zu Hause bedroht worden. Allein in El Salvador – ein Kleinstaat der Größe Hessens mit rund sechs Millionen Einwohnern – haben die Maras rund 60.000 Mitglieder. Das sind etwa dreimal so viele, wie es Polizisten gibt, und oft sind die Jugendbanden besser bewaffnet. In Honduras und Guatemala sind sie ähnlich stark. Nicht einmal jeder zehnte ihrer Morde wird aufgeklärt, und das sind sehr viele. Allein im vergangenen Jahr wurden in den drei Ländern 15.328 Tötungsdelikte gezählt. Mindestens die Hälfte davon lastet man den Maras an.

Auch die Flucht birgt große Gefahren

Angesichts der Gewalt in der eigenen Heimat verlieren die Unsicherheiten der illegalen Auswanderung in den Norden an Schrecken. Vor allem der Weg durch Mexiko ist gefährlich. Jedes Jahr werden dort tausende von Migranten aus Zentralamerika überfallen oder entführt, Mädchen werden oft in die Prostitution gezwungen. Doch einmal in den USA angekommen, waren Minderjährige in aller Regel sicher, selbst wenn sie von den Grenzwachern aufgegriffen wurden. Hatten sie Verwandte in den Vereinigten Staaten, wurden sie nach einem kurzen Verhör dorthin überstellt.

Das ist heute nicht mehr so. Seit die Zahl der minderjährigen illegalen Migranten rapide zugenommen hat, kommen an der Grenze aufgegriffene Kinder und Jugendliche zuerst in ein Sammellager und dann vor den Richter. Der entscheidet, ob sie eine Aufenthaltsge-

nehmung bekommen oder zurückgeschickt werden.

Im Juli hat US-Präsident Barack Obama bei Kongress und Senat 3,7 Milliarden Dollar beantragt, um die Grenzkontrollen zu verstärken, mehr Auffanglager für Minderjährige einzurichten und mehr Richter in die Grenzregion zu schicken. Einen kleinen Teil des Geldes sollen El Salvador, Honduras und Guatemala bekommen – für ein paar Arbeitsbeschaffungsprogramme für Jugendliche und für Werbekampagnen, die dafür sorgen sollen, dass Minderjährige zu Hause bleiben.

„Es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehe, welchen Risiken Mütter ihre Kinder aussetzen“, sagte Rosa Leal, die Gattin des guatemaltekischen Präsidenten Otto Pérez Molina, als sie Mitte Juli eine Kampagne unter dem Motto „Bleib zu Hause!“ eröffnete. Sie meinte damit nicht das Risiko, in den vom Verbrechen kontrollierten Wohnvierteln zu leben; sie

meinte die Gefahren der Flucht in den Norden.

David Ernesto Orellana hat sein Leben nicht bei der illegalen Wanderung in den Norden verloren; er wurde ermordet, weil er zu Hause blieb. Zur seiner Beerdigung ist der ganze Weiler gekommen, 120 Menschen. Und nicht einmal da hatten sie ihre Ruhe. Ein Pritschenwagen voll mit bewaffneten Mitgliedern der „Mara Salvatrucha“ tauchte auf und versetzte die Trauergemeinde in Angst und Schrecken. Sie suchten einen Jugendlichen, um ihn umzubringen. Sie sagten, er habe etwas mit der Freundin eines ihrer Mitglieder gehabt. Dieses Mal blieb es beim Schrecken. Der Junge konnte getarnt im Schutz der Gemeinde entkommen. ■

Cecibel Romero aus San Salvador hat an der Zentral-amerikanischen Universität von El Salvador Journalismus studiert und betreut das latinomedia-Büro in San Salvador. Sie schreibt vor allem über (entwicklungs-)politische Themen in Lateinamerika.

Ein soziales Dach gegen Gewalt

Viele Jugendliche in El Salvador sind gesellschaftlich ausgegrenzt. Ihnen fehlen sichere Orte zum Spielen, für Ausbildung, Kreativität und Entspannung. Gruppen mit kommerziellen, sinnentleerten oder gar gewalttätigen Angeboten haben bei diesen jungen Menschen leichtes Spiel. Als Treffpunkte bleiben ihnen nur die öffentlichen Plätze. Die eigentlich sozialen Orte der Stadt sind heute Horte von Kriminalität und Gewalt. Laut Polizeiangaben werden regelmäßig SchülerInnen in den Straßen, Schulen und Stadtvierteln ermordet.

Seit 2010 führt das Centro Bartolome de las Casas (CBC) das Projekt „Zona Zero“ (steht für „Null Gewalt“) durch, das von der CIR finanziert wird. Es will Jugendliche ausbilden und ihre pädagogischen Bezugspersonen

schulen, damit sie frühzeitig intervenieren können, um die Entstehung von Gewalt schon im Keim zu ersticken.

Das Projekt verläuft in drei Phasen: In der ersten Phase wurde mit Jugendlichen von drei öffentlichen Schulen in San Salvador gearbeitet, in der zweiten mit ihren LehrerInnen und Eltern. In Phase drei werden die ersten beiden Phasen, die im Zentrum San Salvadors umgesetzt wurden, in vier weiteren Städten wiederholt. Dies geschieht zusammen mit dem Erziehungsministerium und lokalen Organisationen. Allein Phase drei kostet für das laufende Jahr 9.000 US-Dollar.

Damit wir das CBC auch 2015 bei seiner Arbeit für ein friedlicheres El Salvador unterstützen können, benötigen wir Ihre finanzielle Hilfe.

Stichwort »CBC«



Die aus den USA mit dem Bus deportierten MigrantInnen werden im honduranischen Corinto mit dem Nötigsten versorgt.

Honduras

Gewalt und Abschiebung können MigrantInnen nicht schrecken

Für mittelamerikanische MigrantInnen wird es zunehmend schwerer, einen Weg in die USA zu finden. Die USA haben ihre Grenzen verstärkt und schicken immer mehr MigrantInnen in ihre Heimat und damit oft auch in die Perspektivlosigkeit zurück. Auf der Reise in die USA machen die AuswanderInnen häufig brutale Gewalterfahrungen, nur um bei Erreichung der Grenze wieder abgeschoben zu werden – und dennoch wagen viele einen erneuten Versuch. TEXT: THELMA MEJÍA, IPS

Es ist neun Uhr in der Früh und der erste Bus aus dem mexikanischen Tapachula erreicht die honduranische Grenzstadt Corinto. An Bord befinden sich 19 Kinder im Alter zwischen fünf und zwölf Jahren sowie sechs Frauen und sieben Männer. Zehn Stunden waren die Familien unterwegs. Ein Team aus ehrenamtlichen honduranischen Rot-Kreuz-Helfern, die vom Internationalen Komitee

vom Roten Kreuz (IKRK) unterstützt werden, steigt in den Bus, um nach dem Befinden der RückkehrerInnen zu sehen.

Corinto im nordwestlichen Departement Cortés ist der erste Zwischenstopp in Honduras für die unfreiwilligen HeimkehrerInnen. Ziel ist die nahe gelegene Stadt San Pedro Sula, wo die Ankömmlinge in einer Migrantenherberge gezählt werden und einen Beutel

mit Nahrungsmitteln und einem kleinen Geldbetrag erhalten, der ihnen helfen soll, nach Hause zurückzukehren.

Vier Busse am Tag

Durchschnittlich erreichen vier Busse am Tag die Grenzstadt mit Fahrgästen, für die sich die gefährliche Reise in Richtung USA als vergeblich herausgestellt hat. „Pro Bus sind es zwischen 30 und 38 Menschen“, berichtet Yahely Milla, eine Rot-Kreuz-Helferin. Angelaufen seien die Massendeportationen im April und hätten im Mai und Juni ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. In diesen beiden Monaten seien 15 Busse am Tag angekommen. „Damals kehrten massenweise Kinder im Alter von drei Monaten bis zu zehn Jahren, einige von ihnen mutterseelenallein, andere in Begleitung ihrer Eltern, zurück. Noch nie haben wir hier an der honduranisch-guatemalteckischen Grenze so viele Deportierte gesehen.“

Corinto liegt 362 Kilometer von der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa entfernt und ist ein häufig genutzter Grenzübergang für HonduranerInnen, die in die USA wollen. Es gibt mindestens 80 Stellen, an denen die MigrantInnen die Grenze nach Guatemala überqueren, um die gefährliche Reise durch Mexiko in Richtung USA anzutreten. Die Behörden haben inzwischen die Grenzkontrollen verschärft, was den Menschenstrom ein kleines bisschen verringert hat.

Das einzige Mal, dass die Regierung Präsenz zeigte, war im Juli, als sich Ana Hernández, die Frau des honduranischen Staatspräsidenten Juan Orlando Hernández, zum Gespräch mit einer Gruppe von Kindern einfand. Die Auffanglager, die die First Lady damals versprach, gibt es bis heute nicht. Den

aus Mexiko und den USA deportierten Menschen steht an der Bushaltestelle noch nicht einmal eine Toilette zur Verfügung.

Vergewaltigung und Mord

Fünf Stunden nach Ankunft des ersten Busses kommt der nächste, diesmal aus dem mexikanischen Acayuca, mit 38 aus den USA deportierten Personen in Corinto an. Eine von ihnen ist die 19-jährige Daniela Díaz. Gleich nach ihrer Ankunft in Corinto ruft sie ihre Mutter an, um ihr mitzuteilen, dass auch der zweite Versuch, in die USA zu gelangen, gescheitert ist. Erst dann ist sie bereit, über die zurückliegende Odyssee zu berichten. „Ich habe diese Reise vor neun Monaten begonnen“, erläutert sie. „Obwohl das bereits mein zweiter Anlauf war, hat mich das, was ich gesehen habe, doch sehr erschüttert.“ Dieses Mal sei es ihr gelungen, auf dem Dach des ‚Biestes‘, wie der von MigrantInnen genutzte mexikanische Güterzug in Richtung USA genannt wird, mitzufahren.

„Furchtbare Dinge haben sich dort abgespielt“, berichtet Díaz. „Ich sah, wie Frauen vergewaltigt wurden und Menschenhändler ihre Opfer an kriminelle Banden verkauften. Menschen, Landsleute, wurden getötet, bisweilen vom Zug gestoßen. In dieser Zeit habe ich so viel geweint, dass keine Träne übrig ist.“

Dass sie ihre Familie verlassen habe, erklärt sie mit der Arbeitslosigkeit in ihrem Land. „Meine Familie ist arm, manchmal haben wir zu essen, manchmal nicht. Wir sind fünf Geschwister, ich bin die jüngste und eine Rebellin, wie meine Mutter sagt“, erzählt die junge Frau aus Miramesí, einem Armenviertel in Tegucigalpa. Doch trotz dieser furchtbaren Erfahrungen will sie es auch ein drittes Mal versuchen. „Für den Traum, in die >



Überfüllte staatliche MigrantInnenherberge in San Pedro Sula

USA zu gehen, bin ich bereit, mein Leben zu riskieren.“

Armut und Gewalt sind die Hauptfaktoren, warum so viele HonduranerInnen die Heimat verlassen. Zwischen Oktober 2013 und Mai 2014 erreichten rund 13.000 unbegleitete honduranische Kinder die USA. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres wurden 30.000 aus den USA und Mexiko deportiert, wie das staatliche honduranische Zentrum zur Betreuung rückkehrender MigrantInnen berichtet.

Mehr RückkehrerInnen denn je

Der 18-jährige David López stammt aus Copán Ruinas im westhonduranischen Departement Copán, einem der Hotspots des organisierten Verbrechens. Dieser Umstand hat ihn zur gefährlichen Reise in Richtung USA veranlasst. Er hat es nicht geschafft und leidet seither unter Angst- und Ohnmachtsgefühlen. Zwei Mal wurde er von kriminellen Banden attackiert, die in der Grenzregion operieren.

Die Erfahrungen mit Gewalt, Missbrauch, Durst und Hunger gehen ihm nicht mehr aus dem Kopf, wie er sagt. Hinzu kommt das Gefühl, versagt zu haben. „Ich schäme mich, nach Hause zurückzukehren, weil ich es nicht geschafft habe. Wenn sich die Situation an der Grenze beruhigt hat, versuche ich es noch einmal.“

Allein im August waren 19.000 HonduranerInnen über Corinto in die Heimat zurückgebracht worden. Das waren so viele wie 2013 insgesamt. Das 8,4 Millionen EinwohnerInnen zählende Land ist nicht nur mit einer horrenden wirtschaftlichen Not geschlagen, die 65 Prozent aller Haushalte betrifft, sondern auch mit einer exorbitant hohen Mordrate von 79,7 pro 100.000 EinwohnerInnen, die Honduras zu den gefährlichsten Staaten der Welt macht. ■

In ungekürzter Fassung ist der Artikel im September auf www.ipsnews.de erschienen.



Widerstand gegen Willkür, Landraub und Ausbeutung

Angesichts der Bedrohung von indigenen Lenca-Gemeinden und der Ausbeutung von Frauen in Fabriken und Plantagen in Honduras treten die Frauenorganisation CDM und die Arbeitsrechtsorganisation EMIH an, die Rechte von Lenca-Frauen und Export-Arbeiterinnen zu stärken – durch Schulungen, Vernetzungsaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit. „Die Frauen sind der Schlüssel zur Veränderung. In Form von aktiver Bürgerschaft können sie sich selbst für eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzen“, erklärt Maritza Paredes, Direktorin von EMIH.

Ein Antrag der CIR beim Entwicklungsministerium zur Unterstützung des Vorhabens war jüngst erfolgreich. Doch um das Programm vollständig finanzieren zu können, fehlen uns noch 40.000 Euro.

Bitte unterstützen Sie die Stärkung von Frauen in Honduras mit Ihrer Spende.

Stichwort »FRAUEN HONDURAS«



Die brasilianische Delegation beim Treffen mit VertreterInnen von CIR, verdi und TIE ExChains

„Wir wollen eine Kampagne der internationalen Solidarität“

Die Christliche Initiative Romero (CIR) sprach mit dem Gewerkschafter der Nahrungsmittelindustrie Daniel Constantín Pedro sowie mit dem Vertreter der Landarbeitergewerkschaft Abel Barreto bei ihrem Besuch in Deutschland und Polen über die aktuelle Situation im Orangensaftsektor Brasiliens und die Perspektiven internationaler Solidarität. INTERVIEW: SANDRA DUSCH SILVA UND CANAN BARSKI (CIR)

Wie sieht die aktuelle Situation im Orangensaftsektor aus?

Abel: Wir haben große Probleme im Orangenanbau in Brasilien. Es gibt drei große Konzerne: Cutrale, Luis Dreyfuß und Citrovita. Sie bilden ein Kartell, setzen die Preise für die Orangen fest und bestimmen den Wert für eine gepflückte Kiste. Aktuell zahlen sie 8 Real (circa 2,70 Euro) für eine Kiste Orangen à 40,8 kg. Du hast als kleiner oder mittlerer Produzent keine Wahl: entweder du verkaufst zu dem Preis oder du bleibst auf den Früchten sitzen. Die Saftunternehmen sind auf deine Orangen nicht angewiesen, da sie ihre eigenen Plantagen besitzen. Unter diesen Rahmenbedingungen werden die ArbeiterInnen nicht mehr wie Menschen behandelt, eher wie Nummern oder Objekte, die zum Gewinn beisteuern und jederzeit austauschbar sind.

Was meinst du damit konkret?

Abel: Es ist eine Schande in einem reichen

Land wie Brasilien zu leben, voll mit Menschen in Armut und SklavInnen. Ich bin seit meinem 8. Lebensjahr selbst Landarbeiter, habe Zuckerrohr geschnitten und sehe, dass sich nur wenig geändert hat auf dem Land. Die ArbeiterInnen sind verschuldet, werden nicht angemessen entlohnt und wenn sie ihre Rechte einfordern, landen sie auf einer schwarzen Liste. Die Sammelunterkünfte für BinnenmigrantInnen aus dem Nordosten sind unzumutbar. Hier leben angeheuert durch Arbeitsvermittler („gatos“) ungefähr 30 junge Männer in einer Unterkunft mit katastrophalen hygienischen Bedingungen, teilen sich eine Toilette und die kaputten Rohre dienen im Bad als Dusche.

Wieso schreiten staatliche Stellen nicht ein, um die Situation zu ändern? Dies sind doch alles Verstöße gegen das nationale Arbeitsrecht in Brasilien.

Abel: Unsere Aufsichtsorgane sind überfordert. Es gibt nur wenige Kontrolleure für den Sektor und ihre Fahrzeuge sind oft kaputt. >



Abel Barreto berichtet in Polen über die Situation der LandarbeiterInnen im Orangenanbau Brasiliens.



Abel Barreto und Daniel Constantin Pedro bei einer Infoveranstaltung in Polen

Und selbst wenn die Kontrolleure zu den Plantagen kommen, erhalten sie oft nur mit Unterstützung der Militärpolizei oder der Bundespolizei Zugang. Wir als GewerkschafterInnen haben überhaupt keinen direkten Zugang zu den Plantagen und können nur in Einzelfällen staatliche Kontrolleure begleiten.

Daniel: Dies ist auch für uns in der Saftverarbeitung ein großes Problem. Selbst wenn wir Missstände anzeigen, wird diesen kaum nachgegangen. Falls es tatsächlich zu einer Verurteilung des Unternehmens kommt, zahlt es lieber die Strafe, statt die Geschäftspraxis nach ethischen Grundsätzen auszurichten.

Wo seht ihr Lösungsmöglichkeiten in Brasilien, um die Situation zu verbessern?

Abel: Wir müssen uns zusammentun. Ich verrete die LandarbeiterInnen, Daniel die ArbeiterInnen der Industrie, aber alle arbeiten beispielsweise für das Unternehmen Cutrale und verhandeln nur für den jeweiligen Bereich mit dem Unternehmen. Doch diese Zersplitterung ist nicht gut. Wir müssen uns zusammenfin-

den und die Reihen der Lieferkette schließen – auch nach Europa, wo der Saft letztlich konsumiert wird.

Daniel: Und nicht nur in Europa: Von 10 Gläsern Orangensaft, die auf der Welt getrunken werden, stammen allein drei Gläser von Cutrale.

Welche Hoffnung und Erwartung verbindet ihr mit eurer Reise nach Deutschland?

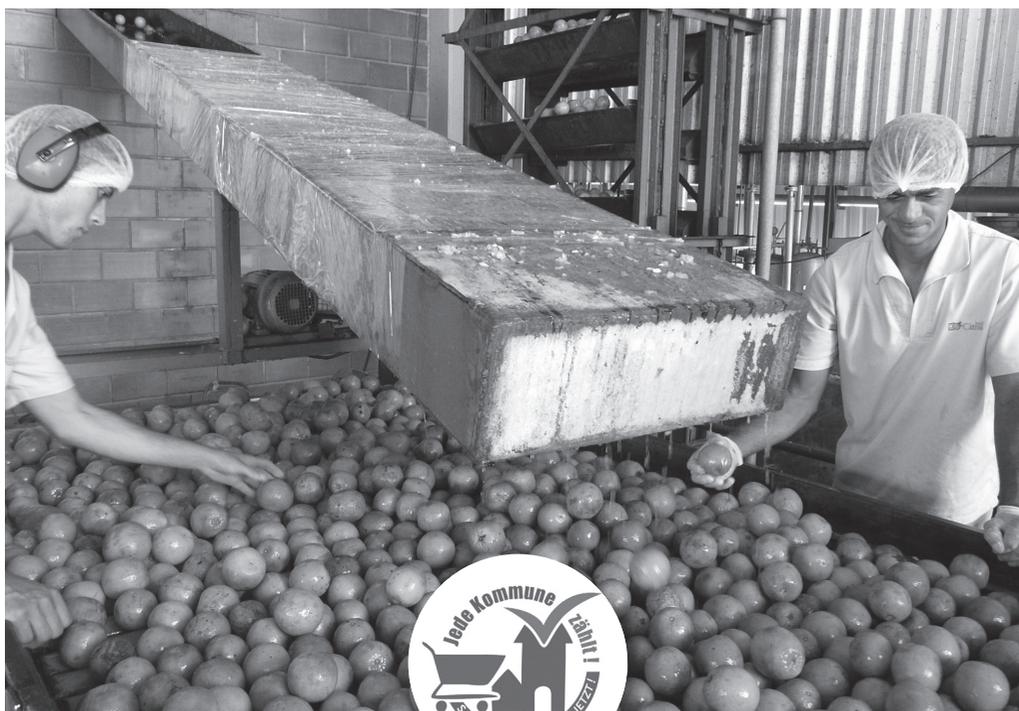
Daniel: Wenn ihr in den weihnachtlich geschmückten Filialen der Supermärkte die schöne Orangensaftpackung stehen seht, dann kennt ihr die Bedingungen, unter denen der Saft hergestellt wurde, und das vor allem an Gewinnmaximierung gedacht wird. Wir wollen nicht mit der Orangensaftproduktion in Brasilien aufhören. Wir wollen, dass die BrasilianerInnen besser leben. Seit mehr als zwei Jahren unterschreiben wir daher auch keinen Tarifvertrag mit Cutrale und Dreyfus, weil es so viele Missstände gibt.

Abel: Wir als Gewerkschaften kämpfen viel und haben kleine Verbesserungen erreichen können. Wir sehen hier die Möglichkeit, KonsumentInnen für das bewusste Kaufen zu gewinnen. Über den Druck durch KonsumentInnen kann es Veränderungen geben, die sich positiv auf unsere traurige Realität auswirken. Wir wollen eine Kampagne der internationalen Solidarität und diese Kampagne der Brüderlichkeit soll dauerhaft sein. Alle Menschen sind aufgerufen, die Sklaverei zu bekämpfen, denn solange mein Bruder ein Sklave ist, bin auch ich einer. ■ ”

Zu den Personen:

Abel Barreto ist Direktor des Bundes der LandarbeiterInnen des Staates Sao Paulo (FERAESP), Mitglied der Landpastorale (CPT) und Vertreter der Landarbeitergewerkschaft in der Region Duartin im Bundesstaat Sao Paulo, wo es unter anderem Orangenplantagen von Louis Dreyfus (LDC) gibt.

Daniel Constantin Pedro ist Mitglied der Gewerkschaft der ArbeiterInnen der Nahrungsmittelindustrie Mogi Mirim im Bundesstaat Sao Paolo, wo es unter anderem Saffabriken von Cutrale und LDC gibt.



FAIREN O-SAFT IN DIE KANTINE!

Orangensaft ist ein Dauerrenner in Deutschland: Im Sommer kommt er als Erfrischungsgetränk zum Einsatz, im Winter als Lieferant von Vitamin C. Er steht aber nicht nur zu Hause im Kühlschrank.

Auch aus Kantinen und Besprechungsräumen ist er kaum wegzudenken. Von A wie Auswärtiges Amt bis Z wie Zentraler Einkauf – überall ist O-Saft sehr gefragt. Ausschlaggebendes Kriterium für die Anschaffung sind dort aber meist nicht die Herstellungsbedingungen, sondern der günstigste Preis. Dies kann sich nun ändern!

Die neue EU-Vergaberichtlinie erlaubt es dem Gesetzgeber, beim öffentlichen Einkauf bestimmte Labels und Zertifikate vorzuschreiben, z.B. das Fair Trade Siegel. Dies wäre ein wichtiger erster Schritt, um die Situation der Bauern in Brasilien zu verbessern! Die Bundesregierung muss dazu jetzt die Spielräume der EU-Richtlinie nutzen und sie zügig umsetzen.

Unterstützen Sie uns bei unserem Anliegen, die enorme Marktmacht der öffentlichen Hand für faire Arbeitsbedingungen zu nutzen!

Mehr Infos erhalten Sie unter www.ci-romero.de/cora

Textilbündnis in Berlin gegründet

Unternehmen bleiben hinter Versprechungen zurück

Am 16.10.2014 wurde das von Entwicklungsminister Gerd Müller initiierte Bündnis für Nachhaltige Textilien offiziell gegründet. Die CIR ist Gründungsmitglied und hat den Aktionsplan des Bündnisses mitentwickelt. Dass sich Unternehmen nun aus dem Bündnis zurückgezogen haben, ist ein Armutszeugnis.

TEXT: SANDRA DUSCH SILVA (CIR)

Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Auf diese grundgesetzliche Pflicht berief sich Bundesentwicklungsminister Gerd Müller bei der Gründung des Textilbündnisses Mitte Oktober in Berlin. Er unterstrich, dass durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Ländern wie Bangladesch und die Anhebung der Löhne dort mehr Hilfe für die Bevölkerung zu erreichen sei als mit klassischer Entwicklungszusammenarbeit. Er erläuterte ferner, die Verpflichtung für menschenwürdige Arbeit führe nicht dazu, dass Kleidung teurer würde.

Ein umfassender, durchdachter Aktionsplan

Seit Mai 2014 begleitet die CIR die Ausarbeitung des Aktionsplans, der dem Bündnis zugrunde liegt. Sie unterstützt die Initiative, da erstmalig die gesamte textile Kette – von der Baumwollproduktion bis zum Endprodukt – erfasst wird und zentrale Schritte zu einer Verbesserung der sozialen und ökologischen Bedingungen in der Textilproduktion angestrebt werden.

Die im Aktionsplan enthaltenen sozialen Mindest- und Umsetzungsanforderungen sind an klare Zeitziele geknüpft. Transparenz über die undurchsichtigen Zulieferstrukturen ist festgeschrieben und der Aktionsplan sieht vor, dass schrittweise existenzsichernde Löhne gezahlt werden und Kontrollen der Produktionsstätten durch unabhängige Dritte stattfinden. Das Ergebnis ist nicht perfekt, aber die festgelegten Standards und deren Umsetzung sind weitreichender als die aller bisher gestarteten freiwilligen Initiativen.

Die sozialen und ökologischen Mindestanforderungen sowie die grundlegenden Menschenrechte sollte jedes Unternehmen einhalten können und müssen. „Wir fordern nichts, was illusorisch ist“, verteidigt Gerd Müller beim Gründungsakt das Bündnis. Dies entspricht auch dem Grundgedanken des Aktionsplans. Das Konzept will Standards für die gesamte textile Kette setzen und ist deshalb von zahlreichen Zugeständnissen an die Industrie und Wirtschaft geprägt.



Unternehmen und Verbände kneifen

Umso verwunderlicher ist die öffentliche Kritik der Unternehmen und ihrer Verbände an dem Prozess, der zur Entstehung des Aktionsplans führte. Diese Kritik begünstigte verkürzte bis falsche Darstellungen des Bündnisses in der Presse. Denn viele Unternehmen zogen erst kurz vor dem Startschuss des Bündnisses Mitte Oktober ihre Teilnahme zurück, obwohl sie seit dem Beginn im Mai 2014 in zum Teil sehr zähen Sitzungen am Aktionsplan mitgearbeitet und um einzelne Formulierungen noch bis Ende September gerungen hatten.

Im Gegensatz dazu steht die CIR zu ihrem Wort und ist als Gründungsmitglied dem Bündnis beigetreten. Unternehmen wie Otto, Adidas, H&M, Aldi und Co. müssen erst noch beweisen, ob sie tatsächlich an der unantastbaren Würde des Menschen Interesse haben und sich ihrer Verantwortung für Umwelt und Arbeitsrechte stellen. Das kurzfristige Aussteigen aus dem Prozess legt andere Schlüsse nahe. Und eines wird durch die Verweigerung der Industrie erneut klar: An einer gesetzlichen Regelung, die für alle verbindlich ist, führt kein Weg vorbei. ■

Weitere Informationen sowie den Aktionsplan des Bündnisses gibt es online unter www.ci-romero.de/greenemode.

KORREKTER KONSUM KONKRET

Um über das Thema „Nachhaltiger Konsum“ umfassend aufklären zu können, tauschen wir uns fortlaufend mit zahlreichen ExpertInnen aus und binden auch die Expertise unserer ProjektpartnerInnen ein. Wir sind davon überzeugt, dass bewusster Konsum und politische Handlung hier Hand in Hand gehen müssen.

Besonders wichtig ist uns, dass soziale Kriterien und die Situation der ArbeiterInnen weltweit nicht in der Diskussion um ökologische Nachhaltigkeit vergessen werden. Hier sind wir in verschiedenen Bündnissen, wie z.B. dem Textilbündnis, aktiv.

Für die Recherche-Arbeiten zum Thema und die unabhängige Beteiligung an aktuellen politischen Prozessen brauchen wir Ihre Unterstützung.

Bitte helfen Sie uns dabei
mit Ihrer Spende.

Stichwort »KORREKTER KONSUM«

Auszeichnung für konzernkritisches Engagement

Dachverband der Kritischen Aktionäre verleiht Preis an die Christliche Initiative Romero

Auf der Jahrestagung des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre am 27.09.2014 in Köln wurde der Christlichen Initiative Romero der Henry Mathews Preis verliehen. Dieser Preis, so die Laudatio, würdigt die konzernkritische Arbeit und den jahrzehntelangen Einsatz der CIR für Menschen- und Arbeitsrechte, vor allem in der weltweiten Textilindustrie.

Maik Pflaum, CIR-Referent für Unternehmensverantwortung, nahm den Preis entgegen: „Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung. Seit über zehn Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband zusammen. Dank der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre konn-

ten wir an Hauptversammlungen von Adidas, Puma, Metro und anderen Unternehmen aktiv teilnehmen und laut beim Namen nennen, was die jeweilige Konzernpolitik weltweit anrichtet. Dies ist ein wichtiges Element, um Arbeitsrechtsverletzungen publik zu machen und langfristig abzustellen.“

In diesem Jahr kooperierte die CIR mit dem Dachverband im Rahmen der Kampagne „Play Fair – pay fair“ zur Fußball-Weltmeisterschaft und sorgte dafür, dass die salvadorianische Arbeitsrechtsaktivistin und ehemalige Adidas-Näherin Estela Ramirez bei der Hauptversammlung der Adidas AG sprechen durfte.



FOTO: DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRE

IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei DauerspenderInnen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Öffentlichkeitsarbeit
 Projekt-/Öff.-Arbeit Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Bei Bestellung von Plakaten bitte vermerken, ob wir sie gefaltet oder in der Rolle zuschicken sollen. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. Das vollständige Verzeichnis unserer Materialien finden Sie unter www.ci-romero.de/bestellen/.

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
Faltblatt: Die Romero-Stiftung – Den Armen eine Stimme geben	gegen Porto	
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	6,00	
Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds	gegen Porto	
Faltblatt: CIR-Fördermitgliedschaft		
CIR-Postkarte: Eine Stimme für Gerechtigkeit		
Öko-soziale öffentliche Beschaffung/ CorA		
Protestpostkarte Unternehmenshaftung: Stell dir vor, 1.000 Menschen sterben...	gegen Porto	
Rechtsleitfaden: Für eine öffentliche FAIRgabe	5,00	
Öko-sozialer kirchlicher Einkauf		
Aktionspostkarte: Wie fair kauft meine Gemeinde? Der Fairness-Check!	gegen Porto	
Werkmappe: Wie fair kauft meine Kirche? Ein Leitfaden zum ethischen Konsum in den Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen	3,00	
Kampagne „FrauenStimmen gegen Gewalt“		
DVD: „Jetzt habe ich eine Stimme!“ Frauenorganisationen in Nicaragua (5 Kurzdokumentationen) <input type="checkbox"/> spanisch <input type="checkbox"/> deutsch	6,00	
Flyer: ¡Basta ya! Es reicht! FrauenStimmen gegen Gewalt Infos und Aktionshinweise	gegen Porto	
Ethischer Konsum		
Aktionsmaterial und KundInnenkarte: Tricksen Tarnen Täuschen	gegen Porto	
Aktionszeitung: Raus aus der Konsumfalle		
Werkmappe: Kaufwahn oder Konsumieren mit Sinn?	5,00	
Ratgeber: WearFair – Ein Wegweiser durch den Label-Dschungel bei Textilien, Taschenformat	1,00	
7-teilige Plakatserie zum Thema Ausbeutung in der Bekleidungs- und Orangensaftherstellung Einzelplakat 5 Euro, gesamte Serie 20 Euro	20,00 5,00	
Ausgepresst! Orangensaft-Produktion im Fokus		
Studie: Im Visier: Orangensaft bei Edeka, Rewe, Lidl, Aldi und Co.	5,00	
Aktionszeitung: Ausgepresst! Orangensaft im Fokus von der Plantage bis zum Supermarkt	gegen Porto	
Protestkarten: Ausgepresst!		
DVD: Ausgepresst!	6,00	
Plakat: Ausgepresst! (Teil der 7-tlg. Serie)	5,00	

NEU! beiliegend

Kampagne für Saubere Kleidung	Euro	Expl.
WM-Aktionszeitung: Anpiff Für menschenwürdige Arbeit in der weltweiten Sportbekleidungsindustrie	gegen Porto	
Protestkarte Adidas: Play Fair- Pay Fair Ausbeutung zu Dumpingpreisen		
Werkmappe: Fit For Fair Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportbekleidungsproduktion	5,00	
Aktionsflyer: Made in Hell Ausbeutung zu Dumpingpreisen	gegen Porto	
Prospektpersiflage KiK Was hinter den Schnäppchen steckt		
Werkmappe: Im Visier: Hungerlöhne Warum weltweit Menschen von ihrer Arbeit nicht würdig leben können	3,00	
Brennpunkt: Weltmarktfabriken in Mittelamerika. Hintergrundinformationen zur weltweiten Bekleidungsindustrie	gegen Porto	
Werkmappe: Todschicke Kleidung – zu welchem Preis? Informationen zu den Produktionsbedingungen bei Aldi, Deichmann, C&A & Co.	5,00	
Werkmappe: Mode ohne Würde: Ausbeutung in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Informationen, Strategien, Aktionen	5,00	
Studie: Im Visier: Discounter Studie über Arbeitsbedingungen bei Zulieferern von Aldi, Lidl und KiK in Bangladesch	5,00	
DVD: Nähen für den Weltmarkt Zwei Filme plus Diareihe	6,00	
DVD: Kleider machen Leute Jeweils 10-minütige Fernsehbeiträge	6,00	
Kaffee-Kampagne		
Werkmappe: Billiger Kaffee macht arm	6,00	
DVD: Kaffee, der schmecken sollte	6,00	
Literatur und Geschenkideen		
Freundschaftsbändchen (ab 30 Stück á 1,30, ab 100 Stück á 1,00)	1,50	
Geknüpft Fadenkreuze El Salvador (ab 100 Stück á 0,60)	0,80	
Weihnachtskarten aus Kinderhand	1,50	
Bunte Holzkreuze mit biblischen Motiven, von Kooperativen der Basisgemeinden El Salvadors, (versch. Größen)		
	3 cm (Anhänger)	3,00
	13 cm	8,00
	20 cm	10,00
	29 cm	13,00

wieder da!

Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.



Name/Organisation _____

Strasse, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel./Fax _____ E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Christliche Initiative Romero
Breul 23, 48143 Münster
Telefon 0251 - 89 503
Fax 0251 - 82 541
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM
BLZ: 400 602 65
KTO: 3 11 22 00



Kommunen in die Pflicht nehmen

Die neue CIR-Kampagne „**WIE FAIR KAUFT MEINE STADT?**“

Start der Kampagne
Anfang 2015

Ethischer Konsum wird häufig ausschließlich mit dem privaten Kaufverhalten in Verbindung gebracht. Doch dabei wird eine zentrale Konsumentin mit gewaltiger Marktmacht vergessen: die Öffentliche Hand! Mit jährlichen Ausgaben in Höhe von ca. 400 Milliarden Euro für die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen könnten vor allem die deutschen Kommunen ein effektiver Motor für die Verbesserung der Situation der ArbeiterInnen in den Ländern des globalen Südens sein.

Deshalb setzt sich die Christliche Initiative Romero (CIR) seit einigen Jahren für eine sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung ein. Und seither hat sich viel getan: die faire Beschaffung ist nun gesetzlich erlaubt und es gibt viele Ideen und Vorlagen, so dass jede Kommune und jede/r Einkäufer/in sie praktisch umsetzen kann!

Druck aus der Bevölkerung ist nötig

Faire öffentliche Beschaffung ist leider immer noch ein Expertenthema, das in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet. Das muss sich dringend ändern, damit das Potenzial des kommunalen Einkaufs besser ausgeschöpft wird. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe! Wenn Sie als Fair Trade Town-Steuerungsgruppe, Jugendverein, Weltladen oder als Einzelperson Druck auf Ihre Stadtverwaltung ausüben, können Sie einen realen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Exportsektoren des Südens leisten.

Damit wir uns weiterhin für eine öko-faire Einkaufspraxis von Bund, Ländern und Kommunen einsetzen können, sind wir auf Ihre tatkräftige und finanzielle Unterstützung angewiesen. Bitte spenden Sie unter dem Stichwort « KAMPAGNE BESCHAFFUNG »

BANKVERBINDUNG

Christliche Initiative Romero
Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM



Das Engagement aus der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung ist nicht nur da gefragt, wo soziale Kriterien noch nicht berücksichtigt werden. Auch in Kommunen, in denen bisher nur Kaffee fair eingekauft wird, müssen weiterführende Maßnahmen ergriffen und glaubwürdige Nachweise für komplexere Produkte gefordert werden.

Im Rahmen der neuen Kampagne „**WIE FAIR KAUFT MEINE STADT?**“ will die CIR lokale Initiativen ermuntern, in ihren Städten eigene Kampagnen für einen verantwortlichen Einkauf zu lancieren. Dazu stellen wir ab Anfang Februar 2015 verschiedene Informations- und Kampagnenmaterialien zur Verfügung:

- **Übergeben Sie Ihrem Bürgermeister unseren Fairness-Check und fragen Sie so den Stand der sozialen Beschaffung ab, um im Anschluss gemeinsam mit uns weitere Schritte zu planen.**
- **Informieren Sie sich im Kampagnenleitfaden über verschiedene Produktgruppen und holen Sie sich Anregungen für Aktionen.**
- **Verteilen Sie unsere Aktionszeitung.**
- **Laden Sie unseren Rundreisegast aus einem Produktionsland für eine Veranstaltung ein.**

Nehmen Sie nicht länger die Finanzierung von Menschenrechtsverletzungen mit öffentlichen Geldern hin, sondern werden Sie aktiv! Informationen finden Sie bald unter www.ci-romero.de/cora.

FOTO: JOCK+SCOTT - PHOTOCASE.COM

